

Zu Ostern Bibeln für China

Chinas protestantische Kirche gehöre derzeit zu den am schnellsten wachsenden Religionsgemeinschaften der Welt. Allerdings lebten viele Menschen in den ländlichen Provinzen von der Hand in den Mund. Eine Bibel sei für sie unerschwinglich. Die Weltbibelhilfe berichtet von einer christlichen Gemeinde im ländlichen Gebiet Hunans. Viele nehmen mehrstündige Fußmärsche auf sich, um einen Gottesdienst der Luo Shui Kirche besuchen zu können.

In den rasch wachsenden Gemeinden gebe es auch einen Mangel an theologisch ausgebildeten Pastoren. Die Studierenden des regionalen Bibelseminars in Changsha sollen daher unter anderem durch Ausgaben des Alten und Neuen Testaments in den Grundsprachen und Bibellexika unterstützt werden.

Die Weltbibelhilfe sammelt in Deutschland Spenden für die Übersetzung und Verbreitung der Bibel weltweit. Partner sind die im Weltverband der Bibelgesellschaften zusammengeschlossenen Bibelgesellschaften. Der Weltverband zählt 146 Mitglieder und ist in mehr als 200 Ländern tätig. Weitere Informationen unter: www.weltbibelhilfe.de

**Bei Kirchenwechsel Menschen
mit Achtung ihrer**

Entscheidung begleiten

In seiner Einführung zur Thematik wies der Vorsitzende des VFF, Professor Dr. Christoph Raedel, Gießen, darauf hin, dass es auch im Bereich freikirchlicher Gemeinden einen zunehmenden Bindungsverlust gebe. Gerade junge Christen würden sich bei einem Ortswechsel nach einer neuen Gemeinde umsehen. Man suche nach der Gemeinde, die zu einem passe und in der man sich mit seinen Bedürfnissen, Ansprüchen und Begabungen heimisch fühle. Dabei sei die bisherige konfessionelle Zugehörigkeit nahezu unerheblich. Es gebe aber auch den bewussten Bruch mit der bisherigen Konfession, einschließlich der Aufnahme in eine andere Kirche, in der man seinen Glauben besser verwirklichen könne.

Handreichung der ACK Bayern

Die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern, Dr. Maria Stettner, stellte die Handreichung der ACK „Seelsorgerlicher Umgang mit dem Wunsch nach Konfessionswechsel“ aus dem Jahr 2010 vor. In der Handhabung der Mitgliedschaft einschließlich eines Wechsels in eine andere Kirche werde das Selbstverständnis der jeweiligen Konfession deutlich. So könne man sich beispielsweise durch einen standesamtlichen Austritt von der römisch-katholischen Kirche trennen, bleibe aber aufgrund der Taufe kirchenrechtlich Glied der Katholischen Kirche. Da auch Taufen anderer Kirchen anerkannt würden, sei der Wechsel eines Angehörigen einer anderen Konfession zur Katholischen Kirche kein Übertritt von einer Kirche in die andere. Es gehe dabei vielmehr um die Eingliederung in den „Leib Christi“, der sich in der römisch-katholischen Kirche verwirkliche. Methodisten verstünden dagegen einen Konfessionswechsel nicht als Bruch mit der Kirche Jesu Christi, sondern als „Neu-Organisation“ der Christus- und Kirchengemeinschaft.

In der Handreichung gehe es nicht darum, Menschen zum Übertritt zu ermutigen, so Stettner. Wenn dieser Wunsch

ausdrücklich geäußert werde, sollten Menschen seelsorgerlich und mit Achtung vor ihrer Entscheidung und vor den Mitchristen anderer Konfessionen begleitet werden. Die Broschüre ist kostenlos bei der Geschäftsstelle der ACK Bayern erhältlich. E-Mail: kontakt@ack-bayern.de

Kirchenwechsel und Staatskirchenrecht

Professor Dr. Gerhard Robbers, Justizminister von Rheinland-Pfalz, sprach über „Kirchenwechsel in staatskirchenrechtlicher Perspektive“. Der Kirchenwechsel mag für die Konfessionen zwar ein Problem sein, es gehe dabei aber um eine individuelle Glaubensentscheidung. Artikel 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiere „die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“. Dazu gehöre auch das Recht seine bisherige Konfession zu verlassen. Ein Kirchenwechsel müsse deshalb immer möglich sein. Bei bestimmten öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften muss der Kirchenaustritt vor dem Amtsgericht oder dem Standesamt erklärt werden.

Ein Blick in die Vergangenheit

Der Freikirchenhistoriker Karl Heinz Voigt, Bremen, gab einen Einblick in die „Polemik und Apologetik im Verhältnis zwischen Methodistenkirche und Landeskirche im 19. Jahrhundert“. Im vorletzten Jahrhundert seien etwa fünf Millionen Deutsche in die USA ausgewandert. Dort hätten sich jedoch meistens nur die Methodisten um die Einwanderer gekümmert, sodass es unter ihnen schließlich viel mehr Methodisten gegeben habe, als später in Deutschland. Ab 1850 kamen zahlreiche Methodisten nach Deutschland zurück, um als Erweckungsprediger die „Dankesschuld wegen des Geschenks der Reformation abzutragen“. Sie wollten gemeinsam mit den evangelischen Landeskirchen „Gottes Reich“ in Deutschland aufbauen. Doch die Staatskirchen hätten dieses Anliegen nicht verstanden und meinten keine Hilfe aus Übersee zu benötigen. So habe es viele polemische Massenverteilerblätter und Zeitungsartikel gegen die Methodisten gegeben. Die Polizei sei in deren Versammlungen eingedrungen

und Randalierer hätten die Fensterscheiben der Versammlungsstätten eingeschlagen. Vorladung zu den Behörden und ständige Diskriminierung der Methodisten wären damals „normal“ gewesen, so Voigt.

Eine Wechselgeschichte

Jochen Roth aus Lehrte/Niedersachsen schilderte, warum er in Hochspeyer als Pfarrer der Evangelischen Kirche der Pfalz seine Kirche verließ, um sich der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) anzuschließen. Er betreut seitdem als Pfarrer zwei SELK-Kirchengemeinden in der Nähe von Hannover.

Loslassen, um Neues zu erfassen

Ob „jeder Wechsel ein neuer Anfang“ sei, fragte der Pädagoge Reinhold Bühne, Rotenburg/Wümme, in seinem Referat über erziehungswissenschaftliche und biografische Aspekte eines Kirchenwechsels. Der Referent hatte selbst einen Kirchenwechsel von der „Exklusiven Versammlung der Brüderbewegung“ („geschlossene Brüder“) zur Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers erlebt, sodass er sich seitdem in deren Gemeinde in Rotenburg engagiere. Laut Bühne sei ein Kirchenwechsel häufig durch einen Ortswechsel motiviert. Solch ein Wechsel erfolge oft in kleinen Entwicklungsschritten, bis er „ganz“ vollzogen sei. Ein Gemeindefwechsel könne aber auch dadurch verursacht werden, dass sich eine Gemeinde verändert. Deshalb stelle sich auch die Frage: „Wie können wir unsere Mitglieder zum Bleiben motivieren?“ Wer die Veränderung konstruktiv gestalte, könne dabei gewinnen. „Wer loslassen kann, kann Neues erfassen“, behauptete Bühne.

Um die religionssoziologische Perspektive ging es Professor Dr. Jörg Stolz, Lausanne. Er stellte Forschungsergebnisse hinsichtlich der „Einstellung zu Kirchen und Kirchenwechsel im Milieu evangelischer Freikirchen in der Schweiz“ vor.

Der Verein für Freikirchenforschung VFF wurde 1990 von

Theologen und Historikern aus verschiedenen Freikirchen gegründet. Theologische und kirchengeschichtliche Fragen sollen wissenschaftlich aus freikirchlichem Blickwinkel beleuchtet werden. Darüber hinaus möchte der Verein Freikirchen bei der sachgerechten Archivierung von Quellenmaterial und beim Auf- und Ausbau von Archiven unterstützen. Die in Höchst gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2016 erscheinen soll.

Franziskus besucht als erster Papst eine Waldenserkirche

Demnach trifft Franziskus als erstes am Montagmorgen, dem zweiten Tag seiner Reise, im evangelischen Gotteshaus in der Turiner Innenstadt für 90 Minuten mit waldensischen Würdenträgern zusammen und betet mit ihnen gemeinsam das Vaterunser. „Das ist eine Geste der Brüderlichkeit in einer neuen ökumenischen Phase“, sagte Eugenio Bernardini, Moderator der Waldenserkirche.

Die protestantische Glaubensgemeinschaft, deren geografisches Zentrum in den Cottischen Alpen, den sogenannten Waldenser Tälern, westlich von Turin liegt, geht zurück auf eine Gründung des Lyoner Kaufmanns Petrus Valdes (1140-1206). Im Mittelalter wurden die Waldenser von der römisch-katholischen Kirche als Häretiker verfolgt.

Nach Angaben des wissenschaftlichen Mitarbeiters der Deutschen Waldenservereinigung leben in Italien rund 20.000 sowie in Argentinien und Uruguay 7.000 Mitglieder. In Italien bilden

die Waldenser seit 1979 mit den Methodisten eine gemeinsame Kirche, die Chiesa Evangelica Valdese (Englisch: Union of the Methodist and Waldensian Churches).

Menschenrechtsorganisation erhebt schwere Vorwürfe gegen UNHCR

Die bittere Erkenntnis tausender pakistanischer Christen, die ihre Heimat verlassen mussten, um ihr Leben zu retten, bestehe darin, dass sie der Hölle in Pakistan entflohen und in der Hölle Thailands gelandet seien, so IGFM. Eine legale Einreise nach Thailand sei für Pakistaner zumindest bislang relativ einfach gewesen. Diese Fluchtmöglichkeit vor islamischen Extremisten in Pakistan hätten bis Januar 2015 nach UN-Angaben 8.000 Christen und Ahmadiyya genutzt. Doch weder das UNHCR noch die thailändische Regierung kümmerten sich angemessen um die Flüchtlinge, so die Menschenrechtsorganisation.

Untätigkeit des UNHCR drängt Flüchtlinge in Illegalität

Die Befragungen von pakistanischen Flüchtlingen durch die IGFM in Bangkok hätten ergeben, dass neu ankommende christliche Flüchtlinge zwischen drei und vier Jahren auf ihr Interview durch das UNHCR in Thailand warten müssten. Ende 2014 angekommene Flüchtlinge sollen demnach ihr erstes Interview durch die UN-Behörde erst Anfang bis Mitte 2018 erhalten. Das UNHCR dränge die Flüchtlinge damit in die Illegalität, da diese meist mit einem nur wenige Monate gültigen Visum eingereist seien und die thailändischen Behörden keinen

Aufenthaltsstatus für Asylsuchende oder eine Verlängerung des Visums ermöglichten.

Menschenunwürdige Bedingungen

Laut IGFM sind den Flüchtlingen bezahlte Arbeitsverhältnisse untersagt und die mitgebrachten Ersparnisse wären oft rasch aufgebraucht. Die Schutzsuchenden müssten sich ohne finanzielle Unterstützung durch die thailändische Regierung oder das UNHCR durchschlagen und seien von den Armenspeisungen durch örtliche Kirchen abhängig. Flüchtlingskinder dürften in Thailand auch nicht zur Schule gehen.

Die Befragungen durch IGFM hätten ergeben, dass selbst schwer an Krebs oder Diabetes erkrankte Flüchtlinge keine finanzielle Unterstützung für medizinische Hilfe durch das UNHCR erhalten würden, weil ihre Einweisung ins Krankenhaus angeblich nicht „zwingend“ notwendig sei. Vorgezogene Interviews zur Abklärung des Flüchtlingsstatus würden selbst in Fällen schwerer Erkrankung verweigert. Damit bleibe diesen Flüchtlingen jahrelang jeglicher Zugang zu medizinischer Hilfe verwehrt.

IGFM: UNHCR kann Untätigkeit nicht erklären

Professor Dr. Rainer Rothfuß, geschäftsführender IGFM-Vorsitzender, kritisiert laut dem IGFM-Bericht die Behandlung der christlichen Flüchtlinge aus Pakistan als „völlig inakzeptabel“ und sieht in erster Linie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in der Pflicht: „Die offensichtliche Missachtung der grundlegendsten Bedürfnisse der pakistanischen Flüchtlinge, die in ihrem Land Opfer schwerster Verfolgung sind, darf nicht hingenommen werden.“ Rothfuß werde das UNHCR zur Ursache der Untätigkeit der Niederlassung in Bangkok näher befragen.

Verhaftungswelle soll Flüchtlinge aus Thailand vertreiben

Die IGFM kritisiere zudem eine laufende Verhaftungswelle von Flüchtlingen durch die thailändische Polizei. Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation sind durch Polizei und Militär pakistanische Familien, trotz schwangeren

Frauen oder Kindern im Stillalter, auseinandergerissen worden. In einem Fall hätte ein zweieinhalbjähriges Mädchen wegen fehlender Ausweispapiere alleine eingesperrt werden sollen, obwohl die Eltern über gültige Visa verfügten. Aufgrund der Weigerung der Eltern, ihre Tochter alleine einsperren zu lassen, sei der Vater zwei Tage mit dem Kleinkind ins Gefängnis gegangen.

Begegnung überwindet Angst vor dem Fremden

Kirchenvorstand der Methodisten verabschiedet Wort zur „Begegnung in einer multireligiösen Welt“

Frankfurt am Main, 26. März 2015/APD Der Kirchenvorstand der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) ruft seine Gemeinden in Deutschland dazu auf, „das Gespräch mit muslimischen Mitmenschen zu suchen“ und sich dadurch „bereichern zu lassen“.

Auf Anregung der „Kommission für ökumenische Beziehungen“ verabschiedete der Kirchenvorstand der EmK ein Wort zur „Begegnung in einer multireligiösen Welt“. Darin wird methodistischen Gemeinden empfohlen, „derzeit vor allem das Gespräch mit Menschen muslimischen Glaubens zu suchen und zu pflegen“. Aufgrund terroristischer Verbrechen gebe es einen Trend, Muslime pauschal zu verdächtigen und den Islam als Gewalt fördernde Religion anzusehen. Dem könne man nur entgegentreten, „indem wir das Gespräch mit muslimischen Mitmenschen suchen“. Da es für Muslime selbstverständlich sei,

ihren Glauben zu bezeugen, könne dies auch für Christen eine Chance sein, „das eigene Glaubensprofil zu schärfen und von Christus Zeugnis abzulegen“. Mit dem Wort an die Gemeinden will der Kirchenvorstand dazu ermutigen, die „Begegnungen mit Muslimen zu verstärken und sich durch den damit möglichen Zuwachs an Wissen über den eigenen Glauben und den des anderen bereichern zu lassen“.

„Methodisten verstehen sich als Brückenbauer, die sich für das Gemeinwohl einsetzen“, kommentierte Bischöfin Rosemarie Wenner die Verabschiedung des Wortes. Sie ermutigte die methodistischen Gemeinden, auf Mitmenschen zuzugehen, die einer anderen Religion angehörten. „Die Angst vor dem Fremden wird durch Begegnungen überwunden“, betonte Wenner. So lerne man andere Religionen kennen und auch über den eigenen Glauben zu reden.

Religionen als Ressource für den gesellschaftlichen Frieden

Basel/Schweiz, 25.03.2015/APD Religionen würden spätestens nach dem 11. September 2001 von der Öffentlichkeit als negative oder als Konflikte fördernde Faktoren wahrgenommen, sagte Detlef Lienau, Theologischer Studienleiter bei „mission 21“, bei der Einführung zur Fachtagung „Religionen als Ressource für den gesellschaftlichen Frieden“. Die vom evangelischen Missionswerk „mission 21“ am 23. März in Basel organisierte Tagung wollte auch das Friedenspotenzial von

Religionen thematisieren, zumal die Partnerkirchen des Werkes zunehmend von religiösen Konflikten betroffen und in ihrem Wirkungskreis eingeschränkt seien, so Lienau.

Frieden in und zwischen Völkern: Der Beitrag der Religionen

„Alle Religionen kennen das Phänomen religiös motivierter Gewalt“, sagte Markus A. Weingardt, Friedens- und Konfliktforscher und Mitarbeiter der Stiftung „Weltethos“ in Tübingen/Deutschland. Es sei deshalb wichtig, die Rolle von Religionen in Konflikten zu verstehen sowie die Konfliktmechanismen zu kennen. Konflikte könnten entstehen, wenn gleiche Interessen aufeinander treffen würden – zwei wollen das gleiche Haus – oder wenn unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen – ein Partner will in die Berge, der andere ans Meer in die Ferien.

Interessenskonflikte

Bei Interessenskonflikten gäbe es meist drei Lösungsansätze, so Weingardt: Der Stärkere setzt sich durch, das eigene Recht wird eingeklagt oder es gebe eine Verständigung durch Ausgleich oder Kompromiss.

Wertekonflikte

Schwieriger sei es bei Wertekonflikten, denn es gebe nicht die Menschenrechte für mich und etwas weniger Menschenrechte für die anderen. Bei Wertekonflikten seien drei Effekte feststellbar, führte der Konfliktforscher aus: (1) Für Wertekonflikte seien Menschen viel leichter zu mobilisieren. Gebe es bei einem Hausbau Konflikte, sei dies weit weniger problematisch, als wenn es sich um einen Moscheebau handle. (2) Menschen seien bei Wertekonflikten gewaltbereiter. Der Schritt von verbaler zu konkreter Gewalt sei oft klein. (3) Man wäre bei Wertekonflikten auch opferbereiter, da es um Identität und Existenz gehe.

Interessenskonflikte als Wertekonflikte aufladen

Mächtige hätten entdeckt, dass wenn es gelinge, Interessenskonflikte in Wertekonflikte zu transformieren, es

viel einfacher sei, Beteiligung und Engagement zu erreichen. Neben den üblichen -ismen sei auch Religion ein oft genutzter Transformationsweg. Der Konflikt werde so mit den Kategorien „gut“ und „böse“ aufgeladen und befeuert. Gewalt werde als legitim dargestellt und die Opferbereitschaft nehme zu, etwa durch Selbstmordattentat. Religiös aufgeladene Konflikte seien gewalttätiger, dauerten länger und es bestehe weniger Kompromissbereitschaft, so Weingardt.

Beispiele friedensfördernder Initiativen von Religionen

Der 15 Jahre dauernde Bürgerkrieg in Mosambik sei nach riesigen Opferzahlen 1992 durch das Friedensabkommen von Rom beendet worden. Es sei vorwiegend vom römisch-katholischen Bischof Jaime Pedro Gonçalves, Erzbischof von Beira, vermittelt worden. Dass er keine zeitlichen, inhaltlichen noch militärischen Druckmittel angewendet habe, hätte es den Konfliktparteien erlaubt, nach und nach Vertrauen aufzubauen, erläuterte der Friedensforscher.

Ruanda

Beim Völkermord in Ruanda hätten sich die Muslime nicht beteiligt. Sie hätten durchschaut wohin die Propaganda führe und deshalb in ihren Schulen die Schüler gegen die Hasspropaganda immunisiert und im Konflikt Flüchtlinge aufgenommen und versteckt.

Philippinen

In den Philippinen sei Diktator Marcos 1986 maßgeblich durch den gewaltlosen Widerstand der römisch-katholischen Basisgemeinden gestürzt worden, weshalb man auch von der Rosenkranzrevolution spreche.

Kambodscha

Nach der Vertreibung von Pol Pot und der Roten Khmer in Kambodscha durch den Einmarsch der Vietnamesen sei die vierjährige Schreckensherrschaft beendet gewesen. Anschließend habe der buddhistische Mönch Maha Ghosananda in Flüchtlingslagern die Versöhnungsarbeit begonnen, Tempel und

Klöster im Land aufgebaut, wo Menschen soziale Hilfe erhielten und Familien wieder zusammenfinden konnten.

Merkmale erfolgreicher religiöser Konfliktvermittlung

Drei Merkmale, zeichneten laut Weingardt erfolgreiche religiöse Vermittler aus: Sach- und Fachkompetenz bezüglich der Konflikte, Glaubwürdigkeit in Wort und Tat sowie Nähe zum Konflikt. Religiöse Vermittler profitierten von einem Vertrauensvorschuss, der ihnen Freiräume gebe, weil sie als ehrliche ungefährliche Makler wahrgenommen würden. Diese Friedenspotenziale der Religionen müssten erkannt, entwickelt und in Konflikten eingebracht werden, forderte der Friedens- und Konfliktforscher.

Nebst Markus A. Weingardt referierten Amira Hafner- Al Jabaji zum Thema „Muslime in der Schweiz oder Schweizer Muslime?“; Jörg Stolz sprach zur Frage: „Fördert Religion die Integration der Gesellschaft?“ und Genia Findeisen berichtete über „Die Rolle der Religionen in Indonesien“.

Unterlagen zur Fachtagung „Interreligiöse Friedensarbeit“ werden laut „mission 21“ auf der Website als Download bereitgestellt: www.mission-21.org

**Adventisten kondolieren den
Angehörigen des**

Flugzeugabsturzes

Bern/Schweiz, 24.03.2015/APD Am Dienstag, 24. März, sind beim Absturz eines Airbus A320 der Lufthansa-Tochtergesellschaft Germanwings alle 150 Insassen umgekommen, heißt es in Medienberichten. Demnach war das Flugzeug auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf, als es bei Digne-les-Bains in Südfrankreich abgestürzte.

„Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten kondoliert den Angehörigen der Opfer“, teilte deren Kommunikationsabteilung mit. „Wir teilen den Schmerz der Angehörigen und beten, dass Gott ihnen Trost schenkt.“

An die Angehörigen gerichtet, sagte Pastor Bruno Vertallier (Bern/Schweiz), Präsident der Adventisten in West- und Südeuropa: „Ich vertraue darauf, dass sie die nötige Unterstützung finden werden, um mit dieser furchtbaren Wirklichkeit zu leben, die sie von ihren Lieben getrennt hat. – Ich trauere mit ihnen.“

Die adventistischen Kirchgemeinden und ihre Institutionen in den betroffenen Ländern seien bereit, allen vom Flugzeugabsturz Betroffenen Beistand und Unterstützung zu gewähren, heißt es in der Medienmitteilung der Kirche.

Adventisten veröffentlichen

Stellungnahme zum Impfen

Silver Spring, Maryland/USA, 24.03.2015/APD Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat eine offizielle Erklärung zum Impfen herausgegeben, in der es heißt, dass die Kirche „verantwortlich angewandte Immunisierung“ befürwortet und keine glaubensmäßigen Gründe sehe, um Kirchenmitgliedern von der Teilnahme an Immunisierungsprogrammen abzuraten.

Nachstehend die vollständige Erklärung mit dem Titel „Immunisierung“, die als „Offizielle Stellungnahme“ im Bereich „Richtlinien“ am 2. März 2015 in Silver Spring, Maryland/USA, veröffentlicht wurde:

„Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten legt großen Wert auf Gesundheit und Wohlbefinden. Das adventistische Gesundheitsverständnis gründet auf den Aussagen der Bibel, dem inspirierten Schrifttum von Ellen G. White, der Mitbegründerin der Kirche, und auf wissenschaftlicher Literatur, die von Fachleuten überprüft wurde.

Deshalb befürworten wir verantwortlich angewandte Immunisierung beziehungsweise Impfungen und haben keine religiösen oder glaubensmäßigen Gründe unseren Mitgliedern nicht zu einer verantwortungsvollen Teilnahme an Immunisierungsprogrammen zum Schutz und zur Prävention zu ermutigen. Wir legen Wert auf die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung, welche die Aufrechterhaltung eines kollektiven Schutzes („Herdenimmunität“) mit einschließt.

Wir sind nicht das Gewissen des einzelnen Kirchenmitglieds und achten individuelle Entscheidungen. Diese werden durch die Einzelpersonen getroffen. Die Entscheidung, sich nicht impfen zu lassen, ist weder eine Forderung noch eine Lehrmeinung der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und sollte nicht als solche verstanden werden.“

Der englische originale Wortlaut der Stellungnahme:

Damit aus Fremden Freunde werden: „Global Youth Day“ der Adventjugend

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 23.03.2015/APD Am 21. März fand bereits zum dritten Mal der internationale „Global Youth Day“ (Weltjugendtag) statt. Weltweit waren rund acht Millionen junge Menschen unterwegs, um sozial aktiv zu werden. Veranstaltet wurde der „Global Youth Day“ von der Adventjugend, der Jugendorganisation der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Jugendgruppen rund um den Globus waren dabei via Internet, Facebook und Fernsehen miteinander vernetzt.

Der adventistische Fernsehsender „Hope Channel“ berichtete aus 23 Studios von den Fidschi-Inseln über Europa bis in die USA über die vielfältigen Aktionen des Global Youth Day in einer 24-stündigen Sondersendung. Sie wurde vom Alsbacher Medienzentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten koordiniert und technisch abgewickelt.

Die Jugendgruppe der Adventjugend „Marienhöhe“ hatte beispielsweise in der Darmstädter Innenstadt Obdachlose bewirtet sowie ein Übergangwohnheim für Nichtsesshafte besucht. „Durch unsere Jugendgruppe hat die Aktion eine richtige Welle geschlagen“, berichtet Jugendpastor Laurent Mutamba. „Alle waren von der Aktion begeistert und denken

jetzt darüber nach, wie sie sich selbst für andere Menschen in Darmstadt engagieren können. Das hatte ich mir gewünscht, dass sich das Denken über andere Menschen verändert. Denn damit fängt es ja immer an.“

Unter dem Motto „Damit aus Fremden Freunde werden“ veranstaltete die Adventjugend Oberbayern in Neuburg an der Donau einen Begegnungs- und Kreativtag mit 80 Kindern und Jugendlichen, die zum Teil aus der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber kamen. In Zusammenarbeit mit dem Traumtheater Neuburg und dem Adventwohlfahrtswerk Bayern wurde ein Unterstand gebaut und kreative Workshops angeboten. „Uns ist es wichtig eine echte Willkommenskultur zu leben. Der Fremde, ob als Deutscher oder als Asylbewerber, ist immer zuerst ein Mensch, uns gleich“, betonte Ralf Hartmann, der Leiter des Projekts.

In der Frage nach Gott sprachfähig werden: Mitgliederversammlung der ACK Deutschland in Ludwigshafen am Rhein

Ludwigshafen am Rhein, 22.03.2015/APD Um Christen in der heutigen Welt sprachfähiger zu machen, wurde die Studie „Die Gottesfrage heute“ auf der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

in Ludwigshafen am Rhein vorgestellt. Die rund 50 Delegierten haben auch eine gemeinsame Orientierungshilfe der ACK und der Neuapostolischen Kirche beraten, mit der die ökumenische Zusammenarbeit gefördert werden soll. Es wurden außerdem Aktivitäten geplant, mit der die ACK sich am Reformationsjubiläum 2017 beteiligen will, teilte ACK-Pressesprecher, Pfarrer Marc Witzenbacher, mit.

Die vom Deutschen Ökumenischen Studienausschuss (DÖSTA) der ACK erarbeitete Studie könne helfen, als Kirchen gemeinsam am Leben orientierte Antworten auf die Frage nach Gott zu geben, begrüßte Bischof Karl-Heinz Wiesemann, Vorsitzender der ACK Deutschland, den Text. Der DÖSTA hat die Aufgabe, die ökumenische Studienarbeit in der ACK beratend zu begleiten und sie in der theologischen Wissenschaft und an den theologischen Ausbildungsstätten zur Geltung zu bringen.

Orientierungshilfe mit der Neuapostolischen Kirche (NAK)

Gegenseitiger Besuch von Gottesdiensten, gemeinsame Andachten und Gebete, die seelsorgliche Begleitung konfessionsverschiedener Ehen oder der Austausch über theologische Gemeinsamkeiten und Unterschiede, das sind einige Punkte einer Orientierungshilfe, die ACK und NAK gemeinsam veröffentlichen wollen. Ziel sei es, den ACKs auf lokaler und regionaler Ebene Hinweise zu geben, wie gegenseitige Kontakte und Beziehungen vertieft werden können. In den vergangenen Jahren habe sich in der Neuapostolischen Kirche ein bemerkenswerter Wandlungs- und Öffnungsprozess vollzogen, heißt es in dem Text.

Reformationsjubiläum 2017

Das gemeinsame Bekenntnis zu Jesus Christus und die einende Grundlage der Bibel sollen gestärkt und mehr ins Bewusstsein der Mitgliedskirchen gerückt werden. Das sind nach Ansicht der Delegierten der ACK die wichtigsten ökumenischen Aspekte des Reformationsjubiläums 2017. In verschiedenen Beiträgen zum Jubiläumsjahr will die ACK diese Aspekte verdeutlichen und ihre Mitgliedskirchen ermutigen, sich bei den Feierlichkeiten

zu beteiligen.

Die Mitgliederversammlung ist das oberste, beschlussfassende Leitungsorgan der ACK. Sie besteht aus den 50 Delegierten der Mitglieder, Gastmitglieder sowie ständigen Beobachter, die von den Kirchen für die Dauer von fünf Jahren benannt werden. Die Mitgliederversammlung der ACK tagt in der Regel zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst.

ADRA Vanuatu sorgt für Trinkwasser, sanitäre Anlagen und Hygiene

Silver Spring, Maryland/USA, 20.03.2015/APD Laut Regierungsangaben in Vanuatu sind 24 Menschen dem Zyklon „Pam“ zum Opfer gefallen und 3.300 mussten evakuiert werden. Wie viele Menschen wirklich betroffen sind und wie groß der Schaden ist, kann erst abgeschätzt werden, wenn die weitere Inseln wieder zugänglich oder die Kommunikationskanäle wiederhergestellt sind. Der Wirbelsturm fegte am 14. März mit Windgeschwindigkeiten von 270 Kilometern über einen Teil des 1.300 Kilometer langen Archipels von 83 Inseln hinweg, von denen 67 mit rund 253.000 Menschen bewohnt sind. Häuser, Schulen, Straßen, Brücken und Häfen seien massiv beschädigt worden, teilte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Vanuatu mit, die seit sieben Jahren im Land tätig ist.

Das Hilfswerk schützt im Moment rund 9.500 Insulaner vor den

krankmachenden Folgen mangelhafter Hygiene, schlechten sanitärer Anlagen sowie dem ungenügenden Zugang zu sauberem Trinkwasser in zehn der 20 Notunterkünfte, die in der Hauptstadt Port Vila errichtet worden seien. Zudem würden den Opfern des Zyklons Nahrungsmittel, Haushalts-Wasserfilter, Hygiene-Ausstattung und Informationen über Hygiene im Katastrophenfall verteilt.

ADRA Vanuatu mit Leitung im WASH-Bereich

Für ADRA Vanuatu arbeiten in der Hauptstadt Port Vila sowie auf den Inseln Efate, Tanna, Pentecost und Santo insgesamt 20 Angestellte mit Ausbildung im technischen und Projekt-Managementbereich, speziell im Bereich Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene (WASH). Dies, in Verbindung mit Nothilfematerialien, die in Lagerhäusern auf drei Inseln bereitstanden, hätten es dem Hilfswerk unmittelbar nach der Katastrophe ermöglicht, Wasserkanister, Wasserfilter und Seife zu verteilen. Der Zugang zu sauberem Wasser sei ein zentrales Element nach einer Katastrophe, um viele Krankheiten zu verhindern, so die Hilfsorganisation. ADRA Vanuatu arbeitet mit der Katastrophenhilfe der Regierung (NDMO) zusammen. Dem Hilfswerk wurde die Leitung im Bereich Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene (WASH) übertragen.

ADRA Freiwillige

Als Hilfswerk der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten kann ADRA Vanuatu auf der ganzen Inselgruppe aus den 19.200 Kirchenmitgliedern in 85 Kirchgemeinden Freiwillige rekrutieren. Gegenwärtig arbeiten 83 Freiwillige bei ADRA mit.

Internationale Spezialisten vor Ort

Die regionale ADRA Leitung sei mit sechs Spezialisten des Katastrophenteams vor Ort, zusätzlich auch eine Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, welche die weiteren Nothilfeprojekte und spätere Wiederaufbauprojekte planen und die Kommunikation gewährleisten, so ADRA International.

WASH-Projekt geplant

In einem weiteren Projekt ist laut ADRA International geplant, dass auf den am meisten verwüsteten Inseln Efate, Tanna und Pentecost, in Koordination mit der nationalen Katastrophenhilfe (NDMO), 30.000 Menschen in den Bereichen sauberes Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene (WASH) zu helfen.

Zerstörte Kirchen

Nach Angaben von Pastor Nos Terry, Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Vanuatu, seien in der Hauptstadt Port Vila durch den Zyklon vier adventistische Kirchengebäude total zerstört worden. Viele seiner Kirchenmitglieder hätten ihre Häuser verloren und lebten jetzt in Notunterkünften.

Evangelikale Organisation führt Musterprozess gegen die Türkei

Ankara/Türkei und Wien/Österreich, 19.03.2015/APD Die Organisation „Alliance Defending Freedom“ (ADF) führt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einen Musterprozess gegen die Türkei, um für christliche Kirchen die Zuerkennung eines öffentlich-rechtlichen Status und die generelle Erlaubnis zum Kirchenbau durchzusetzen, wie CBS KULTUR INFO berichtet.

Die in der Türkei gültigen Einschränkungen für christliche Kirchen „widersprechen dem europäischen Recht“, sagte der stellvertretende Leiter des Wiener ADF-Büros, Roger Kiska, in

einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur „Zenit“. Seine Organisation habe keine feindlichen Absichten gegen die Türkei, es gehe ausschließlich darum, den christlichen Kirchen im Land – „das so reich an christlicher Geschichte ist“ – das Leben leichter zu machen.

Roger Kiska, der in den USA studiert hat, begann seine juristische Karriere in der Kanzlei des früheren christdemokratischen slowakischen Ministerpräsidenten Jan Carnogursky. Kiska ist, nach Angaben der Stiftung „Pro Oriente“, ein Spezialist für europäisches Recht und hat das europäische Anwalts-Netzwerk von ADF aufgebaut.

Die „Alliance Defending Freedom“ (ADF), mit dem Untertitel „For Faith, for Justice“ (Für den Glauben, für die Gerechtigkeit), wurde 1994 in den USA von Persönlichkeiten aus dem evangelikalen Raum gegründet. Sie hat ihren Sitz in Scottsdale im US-Bundesstaat Arizona. Als Bündnis bildende Rechtsorganisation setzt sie sich weltweit mit juristischen Mitteln für das Recht der Menschen ein, ihren Glauben frei ausleben zu können. Neben der Religionsfreiheit engagiert sich ADF auch für die „Heiligkeit des menschlichen Lebens“ sowie den Schutz von Ehe und Familie. Im Jahre 2012 eröffnete ADF das erste Auslandsbüro in Wien (Österreich).

Zu ihren Gründern 1994 zählen über 30 prominente christliche Kirchenleiter in den USA, darunter Persönlichkeiten wie Dr. Bill Bright, Gründer von „Campus Crusade for Christ“ (heute: Cru); Larry Burkett (†), Mitbegründer von „Crown Financial Ministries“; Dr. James C. Dobson, Gründer und Ehrenvorsitzender von „Focus on the Family“, und Gründer von „Family Talk“; Dr. D. James Kennedy (†), Hauptpastor der „Coral Ridge Presbyterian Church“; Marlin Maddoux (†), ehem. Moderator des Radio-Programms „Point of View“.

Nach eigenen Angaben verfügt „Alliance Defending Freedom“ (ADF) heute über ein Netzwerk von mehr als 2.200 Rechtsanwälten und 300 angeschlossenen Organisationen. ADF hat

einen speziellen Beratungsstatus im Wirtschafts und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC). Ferner ist die Organisation akkreditiertes Mitglied der „Fundamental Rights Agency“ (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte) und wurde vom Europäischen Parlament sowie von der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) anerkannt.

Für offenen gesellschaftlichen Umgang mit Belangen religiöser Minderheiten

Friedensau bei Magdeburg, 18.03.2015/APD Der Staat darf muslimischen Lehrerinnen nicht pauschal verbieten, mit Kopftuch zu unterrichten. Mit diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts befasst sich der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg.

Keine Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner jüngsten Kopftuchentscheidung zwei muslimischen Lehrerinnen Recht gegeben, die sich als Betroffene gegen die Regelungen über religiös motivierte Kleidung im nordrhein-westfälischen Schulgesetz gewandt hatten. Nach dem nun ergangenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10) sei ein Verbot von religiösen Bekundungen durch das äußere

Erscheinungsbild von Lehrerinnen und Lehrern (beispielsweise Kopftuch) erst zulässig, wenn eine hinreichend konkrete Gefahr für den Schulfrieden und die Wahrung der staatlichen Neutralität bestehe. Eine lediglich abstrakte Gefährdung genüge nicht, so Mueller. Wenn es zu Verboten in diesem Sinne käme, müssten diese unterschiedslos für alle Glaubens- und Weltanschauungsrichtungen gelten.

Damit habe das Bundesverfassungsgericht einer Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften eine klare Absage erteilt, betonte der Jurist. Bislang wäre durch eine entsprechende Regelung im nordrhein-westfälischen Schulgesetz unter Bezug auf „christlich-abendländische Traditionen“ sichergestellt gewesen, dass zum Beispiel der Nonnenhabit von Lehrerinnen weiter zulässig sei, während das islamische Kopftuch hätte abgelegt werden müssen. „Das Bundesverfassungsgericht hat in erfreulicher Weise mit seiner Rechtsprechung nun die gesellschaftliche Realität einer religiösen Vielfalt in unserem Land ausdrücklich anerkannt und unter Schutz gestellt“, kommentierte Mueller.

Das Gericht habe sich aber auch gegen Tendenzen gewandt, die unter Hinweis auf die staatliche Neutralitätspflicht ein weitgehendes Hinausdrängen von religiösen Bezügen aus dem öffentlichen Raum fordern. Der Staat nehme vielmehr eine offene und die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde Haltung ein, gab der Jurist zu bedenken.

Es geht nicht nur um ein Stück Stoff

Es bleibe zu hoffen, so der Leiter des Instituts für Religionsfreiheit, dass die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu einem offenen gesellschaftlichen Umgang mit den Belangen von religiösen Minderheiten beitrage und nicht etwa Gegenreaktionen von solchen hervorrufe, die in egoistischer Weise nur ihr eigenes Leitbild verwirklicht sehen wollten. Es bleibe darüber hinaus zu hoffen, dass sich die Diskussion nicht nur auf ein Stück Stoff beschränke, sondern

auch andere Belange ins Blickfeld gerieten. Als Beispiel nannte Harald Mueller die Situation von denjenigen, die aufgrund von religiös für sie verbindlichen Ruhetagen oder anderen Handlungsgeboten Schwierigkeiten in Ausbildung, Studium und Beruf hätten, wenn von ihnen Dinge erwartet würden, die sie aufgrund ihrer Gewissensbindung nicht leisten könnten.

Hilfswerk ADRA nach Zyklon „Pam“ in Vanuatu bereits vor Ort

Ostfildern bei Stuttgart, 17.03.2015/APD Schwere Zerstörungen hat der tropische Wirbelsturm „Pam“ mit Windgeschwindigkeiten bis zu 270 Kilometern pro Stunde im Inselstaat Vanuatu im Südpazifik angerichtet. Neben Dutzenden von Toten sind zahlreiche Gebäude sowie große Teile der Infrastruktur und der Landwirtschaft zerstört worden. Insgesamt leben 267.000 Menschen auf 65 der 80 Inseln. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ist bereits vor Ort und leitet erste Hilfsmaßnahmen ein.

Seit 2008 gibt es auf Vanuatu ein ADRA-Landesbüro. Das internationale Netzwerk von ADRA sei schon frühzeitig in Alarmbereitschaft versetzt worden, gab der Landesdirektor von ADRA Vanuatu, Mark le Roux, bekannt. Für erste Hilfsmaßnahmen könnten daher an den Standorten Shefa, Efate und Tafea aus drei Lagerhallen Notfallpakete mit Seife, Wasserfiltern, Wasserkanistern und Trinkbechern verteilt werden. Zudem seien

Mitarbeiter von ADRA Australien bereits vor Ort oder auf dem Weg nach Vanuatu, um das lokale Team zu verstärken. Weitere Experten, darunter auch Anna Krikun, die zuständige Regionalkoordinatorin von ADRA Deutschland, wären unterwegs in das Krisengebiet, um Hilfsmaßnahmen durchzuführen und den Wiederaufbau zu planen.

Zunächst gelte es durch Nothilfe sich auf die dringendsten Bedürfnisse zu konzentrieren, wie Zugang zu sauberem Trinkwasser, Sicherstellung der Hygiene, Ausgabe von Nahrungsmitteln, medizinische Versorgung und provisorische Unterkünfte, so Mark le Roux. „Gute hygienische Bedingungen sind nach einer Katastrophe wie dieser unerlässlich, sonst verbreiten sich Krankheiten, die mitunter tödlich enden können.“ Deshalb werde die Entsendungen mehrerer Anlagen zur Wasseraufbereitung ins Katastrophengebiet vorbereitet. In einer zweiten Phase könne, soweit es die finanziellen Mittel erlaubten, mit dem Wiederaufbau begonnen werden.

Als Soforthilfe stellten die ADRA-Organisationen International 100.000 US-Dollar (948.000 Euro), Deutschland 50.000 US-Dollar (47.400 Euro), Österreich 10.000 US-Dollar (9.480 Euro) und Schweiz 5.000 US-Dollar (4.740 Euro) zur Verfügung. Um wirksam helfen zu können, bitten die ADRA-Landesorganisationen um Spenden für Vanuatu.

ADRA HILFT IN DER UKRAINE

Weiterstadt bei Darmstadt, 15.03.2015/APD Seit Beginn der Ukraine Krise im vergangenen Jahr hat der Krieg bereits über 6.000 Todesopfer gefordert und mehr als 1,5 Millionen Menschen

mussten aus ihrer Heimat flüchten. Viele der Vertriebenen in den Krisenregionen wie Donetsk und Lugansk leben in ständiger Angst und benötigen Hilfe. Es fehlt an Nahrung, Kleidung, Wohnraum und medizinischer Versorgung. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA unterstützt die Betroffenen vor Ort.

Mit Hilfe des ADRA-Netzwerkes seien seit Beginn der Kämpfe in der Ukraine bereits zwei Projekte von ADRA Ukraine durchgeführt worden, berichtete die Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, Fabienne Seibel (Weiterstadt bei Darmstadt): „Eine Soforthilfemaßnahme auf dem Maidan-Platz in Kiew kam etwa 1.500 Menschen zugute. Ein zweites, viermonatiges Projekt, stellte Lebensmittelpakete, Babynahrung, Geld für Hausreparaturen und einmalige finanzielle Unterstützung für über 2 000 Personen bereit.“ Auch ADRA Deutschland habe schon drei Lastkraftwagen mit Hilfsgütern, wie Winterkleidung und Krankenhausausrüstung, in die Ukraine gebracht. Zudem hätte sich ADRA an Verteilungsprogrammen von Lebensmittelrationen und Hygieneartikeln beteiligt.

Zurzeit führe ADRA Ukraine, so Seibel, zwei von USAID (United States Agency for International Development) der amerikanischen und dem IHA (International Humanitarian Assistance) der kanadischen Regierung finanzierte Projekte durch: USAID stelle eine Million US-Dollar (946.000 Euro) für 2.000 binnenvertriebene Familien zur Bezahlung von Miete und Nebenkosten sowie notwendige Wohnungsreparaturen für den Winter bereit. Das IHA finanziere mit 750.000 Kanadischen Dollar (557.000 Euro) Gutscheine für Winterkleidung, Hygieneartikel und psychosoziale Dienstleistungen, die 1.550 Familien zugutekämen. Seit Beginn der Krise im Jahr 2014 bis Anfang 2015 hätten durch ADRA Ukraine 150.000 Menschen Hilfe im Wert von fast zwei Millionen Euro erhalten. In insgesamt neun Bezirken sei ADRA in der Ukraine tätig.

Flüchtling aus dem Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte geholt

Polizei entschuldigt sich: „Verkettung unglücklicher Umstände“

Nürnberg, 13.03.2015/APD Zwei Polizeibeamte haben am 9. März den 26-jährigen Äthiopier Sufiyan A. aus dem Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte der Freikirche der Siebententags-Adventisten geholt und in die Justizvollzugsanstalt Nürnberg gebracht. Dort sollte er eine 39-tägige Ersatzfreiheitsstrafe abbüßen. Pastor Reiner Groß von der Adventgemeinde bezeichnete die Verhaftung als „beschämend“ und sprach von einer „völlig überzogenen Vorgehensweise“. Zwei Tage später entschuldigte sich die Polizei bei ihm und bedauerte die „Verkettung unglücklicher Umstände“, die zu ihrem Einsatz geführt habe. Sufiyan wurde aus der Haft entlassen und kann jetzt in Deutschland einen Asylantrag stellen.

Wenn morgens um sechs Uhr die Polizei am Kirchentor klingelt

Laut Pastor Groß klingelten gegen sechs Uhr in der Früh zwei Polizisten am Gittertor, das auf das Gelände der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte führt. Noch verschlafen kam Sufiyan aus dem Gebäude mit einem Schlüssel in der Hand. Die Beamten sagten ihm, dass er unverzüglich das Tor zu öffnen habe, was der Flüchtling eingeschüchtert tat. Er wurde ins Haus begleitet, durfte ein paar Sachen mitnehmen und kam ins Gefängnis.

Seit Januar gewähre die adventistische Gemeinde zwei Muslimen aus Äthiopien Kirchenasyl, so Reiner Groß. Der zweite Kirchenasylant, der im gleichen Raum wie Sufiyan schlief, habe das Klingeln nicht gehört, sondern sei erst aufgewacht, als die beiden Beamten schon im Zimmer waren. Da niemand anderes sich auf dem Gelände befand, erfuhr der Pastor erst am Abend durch den verbliebenen Äthiopier von dem Vorfall.

Behörden überrascht

Die Adventgemeinde Nürnberg-Mitte habe Erfahrung mit dem Kirchenasyl, betonte Groß. Seit Ostern 2014 hätten die dortigen Adventisten einer Frau und vier Männern, alle aus Äthiopien, Kirchenasyl gewährt. Es sei immer nur eine begrenzte Zeit gewesen, um statt in ein anderes EU-Land abgeschoben zu werden in Deutschland einen Asylantrag stellen zu können. In allen fünf Fällen habe der neunköpfige Kirchengemeinderat beschlossen: „Wir wollen helfen“. Die alte Hausmeisterwohnung diene als Unterkunft. Die zuständigen Behörden seien stets informiert gewesen.

Der Anruf am nächsten Morgen bei der Ausländerbehörde Neumarkt, wo die beiden vorher gemeldet waren, und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Zirndorf hätten keinen Hinweis zu den Gründen des Abholens ergeben. „Hier war man überrascht, denn von dieser Seite gab es dazu keinen Auftrag“, teilte Groß mit. Auch ein Polizeisprecher betonte, dass es nicht um einen Abschiebefehl gegangen sein könne, denn das Kirchenasyl werde akzeptiert.

Zwei Tage nach der Verhaftung habe sich die Polizei bei dem Pastor entschuldigt. Es hätte sich um eine Verkettung unglücklicher Umstände gehandelt. Die Polizei wäre zwar informiert gewesen, dass sich bereits zuvor drei Flüchtlinge im Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte befunden haben, doch hätte es das Bundesamt versäumt ihr mitzuteilen, dass die Gemeinde erneut zwei Äthiopier aufgenommen hat. Wäre die Polizei unterrichtet gewesen, wäre die Sache anders gehandhabt worden.

Keine Abschiebehaft, sondern Ersatzfreiheitsstrafe

Schließlich habe geklärt werden können, dass Sufiyan von der Polizei deswegen abgeholt wurde, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe von einem Gericht in Frankfurt am Main angeordnet wurde. Hintergrund sei der illegale Aufenthalt in der Bundesrepublik gewesen. Hierzu habe der Äthiopier vor einem halben Jahr eine Zahlungsaufforderung mit der Androhung einer Haftstrafe erhalten, falls er die Summe nicht begleiche. Eine Sachbearbeiterin des Bundesamtes in Zirndorf hätte ihm jedoch mitgeteilt, dass er das Schreiben wegwerfen könne, da es in seinem Fall ohne Bedeutung sei. Das habe der Äthiopier noch im Bundesamt getan.

Seltsam wäre, so Groß, dass weder Sufiyan, sein Anwalt oder er als Pastor, der den Behörden als Zuständiger für das Kirchenasyl bekannt gewesen sei, keine weitere Zahlungserinnerung erhalten hätten. In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg sollte der Äthiopier 39 Tage Haft verbüßen, weil er die 331 Euro nicht gezahlt hatte. Nach allem, was der Äthiopier durchgemacht habe, sei die Handlungsweise, welche ihn erneut in Angst und Schrecken versetzt hätte, beschämend gewesen. Der Geistliche: „Ich sehe in diesem Verhalten eine völlig überzogene Vorgehensweise, die einem Rechtsstaat, wie Deutschland, nicht würdig ist.“

Durch die Wüste, über das Meer und bis nach Deutschland

Der 26-jährige Äthiopier habe, als er in Deutschland eintraf, bereits eine bewegende Flucht hinter sich gebracht, berichtete Groß. Über zwei Jahre hätte seine Irrfahrt gedauert. „Sie führte ihn von Äthiopien über den Sudan durch die Sahara nach Libyen.“ Die zweitägige Fahrt durch die Wüste, dichtgedrängt auf einem Lastkraftwagen ohne Essen und Trinken, wäre eine Tortur gewesen, die einige nicht überlebt hätten. In Libyen habe er wegen illegalem Aufenthalt ein Jahr im Gefängnis gesessen. Danach sei es mit einem völlig überfüllten Schlauchboot über das Mittelmeer gegangen. Als kein Benzin für den Motor mehr vorhanden war, wollte ein größeres

Fischereifahrzeug helfen. Dadurch wäre die rechte Seite des Schlauchbootes aufgeschlitzt worden, sodass etwa 20 Menschen ertranken. Die restlichen 60 Überlebenden seien von der herbeigerufenen italienischen Küstenwache gerettet und nach Lampedusa gebracht worden. „Von dort aus ging es nach Cagliari in Südsardinien, wo Sufiyan mit etlichen anderen von Dezember 2013 bis Februar 2014 in der Stadt auf der Straße lebte. Sein Bett und seine Zudecke waren Kartonagen. Nur einmal täglich gegen Abend wurde ihnen etwas zu essen und zu trinken gebracht. Schließlich durften er und andere seitens der italienischen Behörden nach Deutschland ausreisen, wobei die Fahrt für sie sogar bezahlt wurde.“

Aus der Haft entlassen – Asylantrag jetzt möglich

Nachdem die „Initiative Freie Flüchtlingsstadt“ die Strafe bezahlt habe, sei der Äthiopier sofort aus der Haft entlassen worden, teilte Pastor Reiner Groß mit. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe bestätigt, dass Sufiyan nicht abgeschoben werde, sondern einen Antrag auf Asyl in Deutschland stellen könne. Ein weiteres Kirchenasyl sei deshalb nicht mehr notwendig. Bis der Äthiopier eine neue Unterkunft habe, könne er noch in den Räumlichkeiten der Adventgemeinde bleiben, versicherte Groß.

Freikirchenleiter: Sich für Flüchtlinge einsetzen

Pastor Wolfgang Dorn (München), Vorsteher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern, dankte Pastor Reiner Groß und der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte für ihr Engagement. Es gebe in den letzten Wochen und Monaten in den adventistischen Gemeinden in Bayern ein verstärktes Engagement für Asylbewerber und Flüchtlinge. „Dieses unterstützen wir ausdrücklich und machen Mut hier nach weiteren Wegen der praktischen Hilfe zu suchen. Wir folgend damit dem Auftrag Gottes in 5. Mose 10,19: ‚Darum sollt ihr auch die Fremdlinge lieben; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen‘“, betonte Dorn.

Konrad-Adenauer-Stiftung schreibt Wettbewerb „Christ sein heute“ aus

Bremen, 11.03.2015/APD Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. für politische Bildung in Bremen hat einen Kreativwettbewerb zum Thema „Christ sein heute“ ausgeschrieben. Jugendliche und junge Erwachsene können die Thematik bis zum 30. Oktober 2015 gestalterisch oder dokumentarisch bearbeiten. Die besten Ergebnisse werden mit bis zu 1.000 Euro dotiert.

Junge Menschen sollen die Chance erhalten, unter Einsatz moderner Medien selbst ein Projekt durchzuführen und damit einen Beitrag zum Verständnis der Religionen zu leisten, teilte die Stiftung mit. Außerdem ermögliche dieser Zugang, sich vertiefend mit der eigenen Religion auseinanderzusetzen oder eine neue Religion kennenzulernen.

Das Thema „Christ sein heute“ könne mit Videos, Animationen, Fotografien, Musikstücken, Homepages, Zeichnungen oder auch Texten bearbeitet werden. Die Beiträge dürfen in beliebig großen Gruppen- oder in Einzelarbeit angefertigt werden. Sie sind bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen einzureichen und werden von einer Jury bewertet. Die Ergebnisse sollen im November 2015 im Rahmen eines Festaktes der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Für weitere Informationen kann die Konrad-Adenauer-Stiftung telefonisch unter 0421-163 00 94 oder per E-Mail (kas-bremen@kas.de) kontaktiert werden.

Deutsche Adventisten beteiligen sich an Konsultation zur Überarbeitung der EU- Arbeitszeitrichtlinie

Hannover, 10.03.2015/APD Die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland nehmen an der Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) teil. Bei dem noch bis 15. März laufenden Konsultationsprozess setzt sich die kirchlich-gewerkschaftliche Initiative „Allianz für den freien Sonntag“ für den Sonntag als gemeinsamen Ruhetag in der EU ein. Die Adventisten plädieren für die Möglichkeit, den Ruhetag frei nach den individuellen religiösen Überzeugungen wählen zu können.

Flexible Gestaltung der Arbeitszeit aus religiösen Motiven

Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit sei im Hinblick auf die religiösen Ruhetagsbedürfnisse von Arbeitnehmern, insbesondere von Mitgliedern religiöser Minderheiten, wichtig, gab der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, zu bedenken. So beachtetten jüdische Arbeitnehmer oder Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den Samstag als religiösen Feiertag, an dem sie Arbeitsruhe einhalten. Hier wäre es wünschenswert, ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, diesen Tag arbeitsfrei zu bekommen und gegebenenfalls an anderen Tagen Mehrarbeit zu

leisten.

Bedenken bei Bevorzugung eines bestimmten Ruhetages

Die bisherige Arbeitszeitrichtlinie lasse religiös motivierte Bedürfnisse nach einem wöchentlichen Ruhetag außer Betracht, so Mueller. Es gebe allerdings von interessierter Seite, nämlich der European Sunday Alliance, Bestrebungen, den Sonntag als europaweiten Ruhetag zu verankern. „Abgesehen davon, dass der Europäische Gerichtshof einer derartigen Bevorzugung eines bestimmten Wochentages schon einmal eine Absage erteilt hat, bestehen erhebliche Bedenken dagegen auch aus dem Gesichtspunkt der Religionsfreiheit und des Schutzes religiöser Minderheiten“, betonte der Jurist.

Der Sonntag sei keineswegs ein Tag, über den in Europa Einvernehmen bestehe. Es gebe religiöse Gruppierungen, die andere Tage als den Sonntag hervorheben würden, etwa Muslime, Juden und Siebenten-Tags-Adventisten. Juden und Siebenten-Tags-Adventisten respektierten den Samstag (Sabbat) als biblischen Ruhetag. Häufig hätten sie Konflikte im Berufsleben, wenn von ihnen Arbeit am Samstag gefordert werde, die sie aus Gewissensgründen nicht leisten könnten. Ihre Position würde weiter verschlechtert, wenn der Sonntag europaweit geschützt und aufgewertet werde.

Auf religiöse Belange bei Arbeitszeitgestaltung Rücksicht nehmen

Wichtig sei daher, so Mueller, gerade derartigen religiösen Minderheiten eine zeitliche Flexibilität einzuräumen, damit sie Arbeit, die sie an ihrem Ruhetag nicht erbringen könnten, stattdessen an anderen Tagen leisten. Die Richtlinie sollte deshalb nach wie vor keinen bestimmten wöchentlichen Ruhetag europaweit vorsehen, sondern Raum geben für größtmögliche Flexibilität und eine Verpflichtung enthalten, auf religiöse Belange bei der Arbeitszeitgestaltung Rücksicht zu nehmen.

Wie Pastor Friedbert Hartmann (Hannover), Abteilungsleiter für Religionsfreiheit der Freikirche der Siebenten-Tags-

Adventisten in Nord- und Ostdeutschland mitteilte, würden sich auch Adventisten in anderen europäischen Ländern an der EU-Konsultation zur Arbeitszeitrichtlinie beteiligen.

Evangelischer Bund mit neuem Webauftritt und unter neuer Generalsekretärin

Bensheim, 09.03.2015/APD Der Evangelische Bund e.V., ein freier Zusammenschluss evangelischer Christen, präsentiert sich mit einem neuen Auftritt im Internet. Auch die Homepage des vom Bund getragenen Konfessionskundlichen Instituts tritt in einer überarbeiteten Internet-Gestaltung auf. Zur neuen Generalsekretärin des Bundes wurde Pfarrerin Ksenija Auksutat (50) gewählt.

Auf den Webseiten des Evangelischen Bundes fänden sich aktuelle Kommentare und Meldungen aus protestantischer Perspektive, teilte Auksutat mit, die zugleich Geschäftsführerin und publizistische Referentin des Konfessionskundlichen Instituts ist. Ihr Vorgänger, Walter Fleischmann-Bisten, amtierte 30 Jahre lang als Generalsekretär des Vereins. Dem Bund gehören 14 Landesverbände mit mehr als 3.000 evangelischen Kirchengemeinden und Einrichtungen sowie Einzelpersonen an. Er setzt sich auch für den theologischen Austausch mit protestantischen Kirchen in den Ländern Europas ein, in denen die Evangelischen nur eine Minderheit darstellen.

Das Konfessionskundliche Institut präsentiere sich ebenfalls

neu, so Aukutat weiter. Eine umfassende Datenbank stelle Interessierten weltweit ausgewählte Forschungsaufsätze zur Verfügung. Als Arbeitswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat es die Aufgabe, konfessionskundliche und ökumenische Forschung zu betreiben. Das Institut berät kirchliche Partner, Werke und Einzelpersonen, aber auch staatliche Behörden oder Journalisten. Weitere Informationen unter: www.evangelischer-bund.de und www.konfessionskundliches-institut.de

Gutes tun rund um den Globus

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 08.03.2015/APD Der internationale „Global Youth Day“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten findet am 21. März dieses Jahr zum dritten Mal statt. Dabei führen über acht Millionen Jugendliche weltweit verschiedene Hilfsaktionen für Menschen in ihrer Umgebung durch.

In einer 24-stündigen Live-Sendung wird von den Aktionen berichtet. Mit Live-Schaltungen in 23 verschiedene Studios weltweit beginnt der „Global Youth Day“ auf den Fidschi-Inseln und endet in den USA. Von 16 bis 18 Uhr (MEZ) wird dabei aus dem „HOPE Channel Studio“ in Deutschland über Aktivitäten in Mittel- und Südeuropa berichtet.

Wie schon im vergangenen Jahr übernimmt die Produktionsabteilung des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt die technische Koordination der Programme und Live-Schaltungen aller Studios weltweit.

Der „Global Youth Day“ kann auf der eigens eingerichteten Homepage <https://www.globalyouthday.org/> und der dazugehörigen App verfolgt werden. Eine interaktive Teilnahme über Facebook und Twitter (#GlobalYouthDay) ist ebenfalls möglich.

34.811 Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland

Ostfildern bei Stuttgart, 07.03.2015/APD 34.811 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten gab es am 31. Dezember 2014 in Deutschland. Das sind 90 weniger als im Jahr zuvor. 505 Taufen und Aufnahmen in die Freikirche sowie 126 Zuwanderungen von Adventisten aus dem Ausland standen im letzten Jahr 496 Todesfälle sowie 225 Austritte und Ausschlüsse gegenüber. Die Zahl der örtlichen Adventgemeinden verringerte sich um eine auf 559.

Krankenhäuser, Schulen und Medien

Die Freikirche betreut in Deutschland über 2.000 Kinder im Kindergottesdienst sowie durch ihre Adventjugend fast 8.000 Pfadfinder, Teenager und Jugendliche. Sie ist in jedem Bundesland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat sieben regionale Kirchenleitungen (Vereinigungen), die zum Nord- und Süddeutschen Verband als überregionale Zusammenschlüsse gehören. Sie unterhält das Berliner Krankenhäuser „Waldfriede“ und „Nikolassee“, die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg, das Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, mit Gymnasium, Real- und Grundschule sowie sieben weitere Grund- beziehungsweise Realschulen, fünf Kindergärten und eine Heilpädagogische Tagesstätte für

Vorschulkinder in Neuburg/Donau. Auch das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“, Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, mit dem „Hope Channel“ TV- und Radiosender, der Blindenhörbücherei und dem Internationalen Bibelstudien-Institut sowie der Advent- und Saatkorn-Verlag, Lüneburg, stehen unter adventistischer Leitung.

Weitere Sozialeinrichtungen

Das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) betreut rund 40.000 bedürftige Menschen pro Jahr. Zu ihm gehören unter anderem fünf Altenpflegeheime, vier Einrichtungen „Betreutes Wohnen“, ein Behindertenwohnheim (Groß-Umstadt bei Darmstadt), zwei Hospize (Uelzen und Lauchhammer/Brandenburg), sieben Tagungsstätten, ein Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen (Leipzig), eine Fachklinik für Abhängigkeitskranke (Dedelstorf/Niedersachsen), zwei Wohnheime für Suchtkranke, vier Suchtberatungsstellen, neun Suppenküchen und elf psychosoziale Beratungsstellen. Der Deutsche Verein für Gesundheitspflege (DVG) verfügt über 57 Regionalgruppen, die Seminare zur Gesunderhaltung (Prävention) anbieten. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland führt humanitäre Maßnahmen in aller Welt durch.

Zwischenkirchliche Beziehungen

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist Gastmitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland und in der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) sowie Mitglied in der Deutschen Bibelgesellschaft (DBG).

Adventisten gründen weltweit alle dreieinhalb Stunden eine neue Gemeinde

Silver Spring, Maryland/USA, 06.03.2015/APD Im letzten Jahr wurden von der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten weltweit 2.446 Kirchengemeinden gegründet. Damit gab es alle dreieinhalb Stunden eine neue Gemeinde, der größten Anzahl in der 152-jährigen Geschichte der Kirche, wie die Abteilung Archiv, Statistik und Forschung der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA, mitteilte. Die Kirchenmitgliedschaft ist demnach Ende 2014 auf knapp 18,5 Millionen erwachsen getauften Personen in 78.810 Kirchen gestiegen.

„Die Statistik macht deutlich, dass die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit ihrer Mission die richtige Ausrichtung hat und diese auch beibehalten sollte“, sagte Pastor Gary Krause, Direktor der „Adventist Mission“ gegenüber der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“. „Zahlreiche Studien zeigen, dass Gemeindegründung die effektivste Form für nachhaltiges Gemeindegewachstum ist“, so Krause. Die „Adventist Mission“ habe versucht Gemeindeneugründungen zu fördern, vor allem durch sechs Weltmissionszentren und eine globale Freiwilligenbewegung. Deren Pioniere – oft stille Helden – hätten die Aufgabe in geographischen Gebieten, in denen die Kirche noch nicht vertreten sei, neue Gruppen von adventistischen Christen zu gründen, sagte David Trim, Direktor der Abteilung Archiv, Statistik und Forschung.

Stagnierende oder rückläufige Mitgliederzahlen

„Trotz des optimistischen Mitgliederwachstums und der Zahl neu gegründeter Kirchengemeinden, müssen wir auch auf das langsame Wachstum, die Stagnation und den Rückgang der Mitgliederzahlen

in anderen Gegenden der Welt achten“, kommentierte Pastor G. T. Ng, Generalsekretär der adventistischen Weltkirchenleitung, die Zahl der Gemeindeneugründungen.

Laut dem statistischen Jahresbericht 2014 der adventistischen Weltkirchenleitung stagniert die Mitgliederzahl der Adventisten im Südpazifischen Raum (Südpazifische Division) bei 420.000 Mitgliedern und verzeichnet bei den Adventisten in Nord- und Südosteuropa (Transeuropäische Division) innerhalb von fünf Jahren zum Ende von 2014 einen Rückgang von 112.600 auf 84.400. Im Eurasischen Kirchenbereich, der mehrheitlich die GUS-Staaten umfasst (Euroasien Division), sankt die Mitgliederzahl im gleichen Zeitraum von 139.100 auf 116.000. In West- und Südeuropa (Intereuropäische Division) stieg die Mitgliederzahl in diesen fünf Jahren geringfügig von 176.800 auf 178.200.

Auch Adventisten vom Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren betroffen

Ostfildern bei Stuttgart, 05.03.2015/APD Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) hat ihre Mitglieds- und Gastkirchen aufgerufen, am 24. April in Gottesdiensten und Gedenkstunden an den Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren im Osmanischen Reich zu erinnern. Nach historischen Unterlagen sollen dort zwischen 1915 und 1922 etwa 1,5 Millionen Menschen umgekommen sein. Es handelte sich dabei nicht nur um orthodoxe Christen, sondern auch um

Protestanten, darunter 167 Adventisten.

1889 kam mit Theodore Anthony der erste adventistische Missionar nach Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, berichtete Pastor Holger Teubert (Ostfildern), Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Anthony gründete 1893 eine kleine Gemeinde in Alexandretta (Iskenderun). Unter den ersten Gläubigen war auch der Armenier Zadour G. Baharian. Er wurde 1894 als erster einheimischer Pastor ordiniert. 1893 entstanden weitere adventistische Gemeinden in Konstantinopel (20 Mitglieder) sowie in Ovajuk und Bardizag (je 30 Mitglieder). 1904 gründete der aus den USA stammende Arzt Dr. A. W. George eine kleine Klinik in Istanbul. 1909 entstand in Bardizag ein theologisches Seminar. Eine Zahnklinik unter Leitung des Franzosen Dr. Girou kam 1912 in Smyrna (Izmir) hinzu. Bereits im Jahre 1909 schufen die Adventisten in Konstantinopel eine eigene Kirchenleitung, die 1910 von den osmanischen Behörden registriert wurde. Leiter des „Champ Missionnaire Ottoman des Adventistes du Septième Jour“ war der aus Hamburg entsandte Schweizer Missionar Emil Eduard Frauchiger.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges habe es auf dem Gebiet der heutigen Türkei rund 350 Adventisten gegeben, die hauptsächlich armenischer Herkunft gewesen seien, so Teubert. Von ihnen hätten 167 in den nachfolgenden Jahren ihr Leben verloren. Einige wären zum Islam übergetreten, um sich zu retten. Eines der ersten Opfer sei der als „adventistische Vater“ bekannt gewordene Pastor Zadour G. Baharian gewesen. „Er wurde 1915 während einer Missionsreise bei Sivas von türkischen Soldaten ermordet. Der Geistliche sollte seinem christlichen Glauben abschwören und auf der Stelle zum Islam konvertieren. Als er sich weigerte und die Hände zum Gebet faltete, wurde er erschossen“, heißt es laut Pastor Teubert in einem Bericht. Baharian wären sieben weitere adventistische Pastoren, zum Teil mit ihren Familien, gefolgt.

Wer nicht gleich umgebracht wurde, sei auf Todesmärschen

gestorben. Der bekannte armenische Lyriker und Hochschullehrer Diran Tcherakian wurde 1915 Adventist. Als Wanderprediger habe er 1921 Anatolien durchzogen, um die bedrohten und verängstigten adventistischen Gemeindemitglieder zu trösten. In Konya sei er festgenommen und vor Gericht gestellt, da er nicht zum Widerruf seines Glaubens bereit gewesen wäre. Seine mitangeklagten beiden Brüder wären gleich erschossen worden. Teubert verwies auf Zeitzeugen, die berichteten: „Tcherakian musste monatelang zu Fuß und in Ketten, von türkischen Milizionären geschlagen und gefoltert, durch das karge Bergland Anatoliens ziehen. Nach etwa eintausend Kilometern kamen die Gefangenen Anfang Juni 1921 in der Stadt Diyarbakir am Ufer des Tigris an. Die todbringende syrische Wüste lag nun vor ihnen. Dort starb Tcherakian an Erschöpfung.“

1923 hätten die meisten überlebenden Adventisten die Türkei verlassen. Die Kirchenleitung wurde bereits 1916 aufgelöst, die Kliniken und das Seminar bestanden schon seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr. 1948 habe die Freikirche in Istanbul wieder 70 Mitglieder umfasst, hauptsächlich armenischer Herkunft. Für sie sei in den 1950er Jahren eine Kirche gebaut worden. Von 1964 bis 1973 gab es in Istanbul auch wieder eine kleine Klinik. 1993 existierte zudem eine englische Sprachschule. Doch immer mehr Armenier wären laut Teubert ausgewandert, sodass sich ab 1994 nur noch rund 15 Gläubige in der für sie viel zu großen Kirche zum Gottesdienst versammelt hätten. Im Sommer seien noch ausländische Urlauber hinzugekommen. Schließlich hätten auch die letzten armenischen Adventisten das Land verlassen. Heute gebe es in der Türkei in Istanbul und Izmir jeweils eine adventistische Gemeinde mit insgesamt etwa 100 erwachsen getauften Siebenten-Tags-Adventisten.

Von den 77 Millionen Einwohnern der Türkei sind 98 Prozent Muslime, davon 70 Prozent Sunniten und 15 bis 25 Prozent Aleviten. Der Anteil der türkischen Alawiten und Schiiten in der Bevölkerung ist unbekannt. Die Zahl der Christen wird auf

unter 100.000 geschätzt, wobei die meisten von ihnen orthodoxen Kirchen angehören. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten noch etwa 20 Prozent Christen auf dem Gebiet der heutigen Türkei.

ACK ruft zum Gedenken an Völkermord an Armeniern auf

Frankfurt am Main, 05.03.2015/APD Im April jährt sich zum 100. Mal der Völkermord an den Armeniern. Aus diesem Anlass ruft die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zu einem gemeinsamen Gedenken am 24. April um 17 Uhr auf. Dazu hat die ACK eine Arbeitshilfe mit Texten und Gebeten herausgegeben, die im Shop der ACK erhältlich ist.

Zwischen 1915 und 1922 seien durch das Osmanische Reich rund 1,5 Millionen Armenier ermordet und viele Tausende aus ihrer Heimat in der heutigen Türkei vertrieben worden. Selbst nach nahezu einem Jahrhundert habe dieses schreckliche Geschehen nicht nur erhebliche Auswirkungen auf das armenische Volk, sondern auch auf die internationale Gemeinschaft, heißt es in der Arbeitshilfe der ACK. Selbst wenn es kaum noch Überlebende gebe, bleibe die Frage der Anerkennung von Leid und Unrecht weiterhin aktuell.

Die unter dem osmanischen Sultan Abdul Hamid II. seit 1894 zunehmenden Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich hätten während des Ersten Weltkriegs mit der Deportation in die syrische Wüste ihren Höhepunkt erreicht, ergänzte der armenisch-deutsche Theologe Hacik Rafi Gazer, Professor für

“Geschichte und Theologie des Christlichen Ostens” an der Universität Erlangen-Nürnberg. Auf Anordnung der jungtürkischen Regierung seien bereits am 24. April 1915 die in der damaligen osmanischen Hauptstadt Istanbul lebenden armenischen Intellektuellen festgenommen und im Landesinneren ermordet worden. Zusammen mit der armenischen Bevölkerung wären auch die armenischen Kirchen und ihre Kultur in den Jahren 1894 bis 1923 von der Vernichtung betroffen gewesen. So seien über 2.000 Kirchen, Klöster, Friedhöfe sowie Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen der Armenisch-apostolischen Kirche, der Armenisch-katholischen Kirche sowie der Armenisch-evangelischen Kirche enteignet, beraubt und zerstört worden. Bis heute sei der Genozid an den Armenier von der Türkei nicht anerkannt, beklagte Gazer. Weitere Informationen unter http://www.armenierberlin.de/?page_id=9

„Gemeinsam stehen wir zu der Verantwortung, das Gedenken an den Völkermord am armenischen Volk wachzuhalten und für dessen Anerkennung auch öffentlich einzutreten“, schreibt Bischof Karl-Heinz Wiesemann, Vorsitzender der ACK in Deutschland, in seinem Geleitwort. Das Gedenkjahr sei eine wichtige Gelegenheit, an diese Verpflichtung zu erinnern und diese auch in den kommenden Jahren zu pflegen.

Die Armenisch-apostolische Kirche in Deutschland ist eine Mitgliedskirche der ACK. Die ACK ermutige daher ihre Mitglieds- und Gastkirchen, in Solidarität mit der Armenisch-apostolischen Kirche am 24. April um 17 Uhr Gottesdienste oder Gedenkstunden in Zusammenarbeit mit den betreffenden Kirchen zu gestalten und zu dem Gedenken einzuladen.

Die Arbeitshilfe mit Texten und Gebeten ist im Shop der ACK unter <http://www.oekumene-ack.de/aktuell/> erhältlich.

Adventisten pflanzen Lutherbäume in Wittenberg

Wittenberg, 04.03.2015/APD Vertreter der Freikirchenleitungen der Siebenten-Tags-Adventisten in Niedersachsen-Bremen und Berlin-Mitteldeutschland führten am 3. März eine symbolische Baumpflanzung im Luthergarten in Wittenberg durch. Der „Luthergarten“ wurde anlässlich des 500-jährigen Jubiläums der Reformation im Jahr 2017 ins Leben gerufen: Kirchen aus aller Welt und aller Konfessionen sind eingeladen, die Patenschaft für einen der 500 Bäume zu übernehmen und gleichzeitig einen Baum im Bereich ihrer Heimatkirche zu pflanzen.

Das Projekt wurde nach Angaben des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) durch den Lutherischen Weltbund in Genf entwickelt. Es wird unter Mitwirkung des DNK/LWB und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in Kooperation mit der Lutherstadt Wittenberg umgesetzt.

„Mit der Teilnahme am Projekt ‚Luthergarten‘ bezeugen Adventisten ihre Verbundenheit mit der Reformation des 16. Jahrhunderts und ihrer Wirkungsgeschichte sowie ihrer Bedeutung für unseren Glauben in Geschichte und Gegenwart“, teilte Thomas Groß, Pastor der Adventgemeinde Wittenberg, mit.

Die Pflanzung fand im Rahmen einer kleinen Feierstunde mit Andacht, Gesang und Gebet statt. Pastor Ralf Schönfeld, Präsident der Freikirchenleitung in Niedersachsen und Bremen, häufte zusammen mit Pastor Detlef Bendig, Sekretär (Geschäftsführer) der dortigen Freikirchenleitung, etwas Erde an einen etwa 10 Jahre alten Rot-Ahornbaum und begoss diesen.

Das Gleiche wurde von Pastor Johannes Scheel, Präsident der Freikirchenleitung der Adventisten in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, zusammen mit Pastor Thomas Groß an der zweiten Rot-Ahorn-Pflanzung vollzogen.

Teil des Projektes ist es, auch einen Baum zeitnah an einem prominenten Ort der Heimatkirche zu pflanzen. Die sogenannten „Korrespondenzbäume“ der adventistischen Pflanzungen sollen auf dem Gelände der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg beziehungsweise in Hannover und Uelzen gepflanzt werden.

Bischof ruft zur Teilnahme an Konsultation zur EU-Arbeitszeitrichtlinie auf

Wien/Österreich, 03.03.2015/APD Für eine Verankerung des arbeitsfreien Sonntags in der derzeit in Konsultation befindlichen EU-Arbeitszeitrichtlinie macht sich der Bischof von Linz/Österreich, Ludwig Schwarz, der auch Sprecher der österreichischen „Allianz für den freien Sonntag“ ist, stark. Der gemeinsame Ruhetag am Sonntag sei „wesentlicher Ausdruck des europäischen Sozialstaatsmodells“ und wäre zudem „ganz wesentlich“ für gerechte Arbeitszeiten und für menschenwürdiges Wirtschaften, so der österreichische „Sozialbischof“, berichtet Kathpress.

Die Sonntagsallianz lädt alle EU-Bürger zur Teilnahme am noch bis 15. März laufenden Konsultationsprozess ein. Jedem ist das

durch die Online-Eingabe von Vorschlägen in der jeweiligen Muttersprache möglich. „Wir alle sind aufgerufen, uns im Zuge der Revision der Arbeitszeitrichtlinie für den Sonntag als gemeinsamen wöchentlichen Ruhetag in der EU einzusetzen“, heißt es in dem Aufruf der über 50 teilnehmenden Organisationen der österreichischen Sonntagsallianz. Bischof Schwarz bezeichnete die Beteiligung an der Konsultation als „Zeichen der Solidarität“ sowie als „Chance“, besorgniserregenden Tendenzen auf EU-Ebene entgegenzuwirken.

Konkret könne laut Schwarz in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern Europas „mit Sorge“ eine „Entwicklung in Richtung totaler Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und ständige Verfügbarkeit von Arbeitnehmern“ beobachtet werden. Ein Einschreiten der Politik sei angebracht, würden doch soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit „Hand in Hand“ gehen, so der Vertreter der österreichischen Bischofskonferenz in der Sonntagsallianz.

Balance zwischen beruflichem und privatem Leben stärken

Die „Allianz für den freien Sonntag Österreich“ forderte laut Kathpress im Zuge der Konsultation in ihrer Eingabe an die EU-Kommission, dass Würde, Arbeitssicherheit und Gesundheit der Menschen in Europa durch die EU-Gesetzgebung noch besser als bisher geschützt werden sollten. Gesorgt werden müsse für eine ausgewogenere Balance zwischen beruflichem und privatem Leben, erklärten Gabriele Kienesberger und Maria Langmaier von der Allianz-Koordinationsstelle. Sie verwiesen auf Studien, denen zufolge atypische Arbeitszeiten soziale Rhythmen störten, was sich wiederum negativ auf die Gesundheit und Arbeitssicherheit von Beschäftigten auswirke.

Für eine erneuerte Arbeitszeitrichtlinie mit der Verankerung des freien Sonntags empfahl Kienesberger die schon existierende Richtlinie 94/33/EC als Vorbild zu nehmen. Hier würde schon jetzt der freie Sonntag als Ruhetag für junge Menschen anerkannt.

Adventisten beteiligen sich an der EU-Konsultation zur Arbeitszeitrichtlinie

Durch Konsultationen mit seinen adventistischen Kollegen aus EU-Ländern wisse er, dass einige von ihnen sich an der Konsultation zur EU-Arbeitszeitrichtlinie beteiligen werden, sagte Herbert Bodenmann, zuständig für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Schweiz. Die evangelische Freikirche feiere auf Grundlage der Bibel den Sabbat (Samstag) als wöchentlichen Ruhetag. „Für adventistische Arbeitnehmer ist es wichtig, dass ihnen ohne Benachteiligung die Möglichkeit gewährt wird, an ihrem Ruhetag nicht zu arbeiten und dass die Arbeitgeber zeitliche Kompensationsmöglichkeiten für am Samstag nicht geleistete Arbeitsstunden vorsehen“, sagte Bodenmann. Falls die jetzige EU-Arbeitszeitrichtlinie geändert werde, was aus adventistischer Sicht nicht wünschenswert sei, wäre es notwendig, dass darin gleichzeitig auch die Rechte religiöser Minderheiten hinsichtlich ihres Feiertages garantiert würden.

Weblink zur öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie [Richtlinie 2003/88/EG]:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=333&consultId=14&visibility=0&furtherConsult=yes&langId=de>

Hus-Gedenken als Auftrag für Erinnerungskultur

Bensheim, 03.03.2015/APD Mit der Erinnerungskultur im 600. Todesjahr von Jan Hus befasste sich die 59. Europäische Tagung für Konfessionskunde, die vom 27. bis 28. Februar in

Bensheim/Deutschland stattfand und vom Konfessionskundlichen Institut des Evangelischen Bundes veranstaltet wurde. Die Wirkungsgeschichte des Erbes von Hus im Protestantismus sei ebenso beleuchtet worden wie die Frage der „Heilung der Erinnerungen“ zwischen den christlichen Kirchen, heißt es in der Medienmitteilung des Veranstalters.

Historische Hintergründe des Konstanzer Konzils

Demnach beleuchtete Jürgen Miethke, emeritierter Professor für Geschichte der Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Heidelberg, in seinem Vortrag die historischen Hintergründe des Konstanzer Konzils. Das innerkirchliche Schisma des 15. Jahrhunderts hatte dazu geführt, dass drei Päpste gleichzeitig amtierten. Auf dem Konzil wurde unter anderem darum gerungen, dieses Schisma zu beheben und durch Konziliarismus die Macht des Papstes zu begrenzen.

Fehlbarkeit von Papst und Kirchengremien

Volker Leppin, Reformationsgeschichtler an der Universität Tübingen, stellte die ideengeschichtlichen Traditionen dieses Gedankens vor. So wurde die Erkenntnis der Fehlbarkeit nicht nur des Papstes, sondern auch hochrangiger Kirchengremien bereits von Wilhelm von Ockham dargelegt. Pierre d'Ailly, Theologe und Kardinal im frühen 15. Jahrhundert, leitete aus der biblischen Überlieferung die Vorstellung von „Christus als Haupt der Kirche“ ab und versuchte damit den Machtanspruch des Papstes zu relativieren. Auch der Konzilsteilnehmer Francesco Zabarella, Jurist und Kardinal, identifizierte die Gläubigen insgesamt als Repräsentanten der Kirche, denen sich auch der Papst unterordnen müsse.

Hus-Erbe in Tschechien

Über das Hus-Erbe in Tschechien referierten die tschechischen Historiker und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften in Prag, Jiri Just und Jaroslav Šebek. Sie zeigten für unterschiedliche Zeitepochen die Aneignung des Vor-Reformators auf, der als Projektionsfläche für theologische, kirchliche und nationale Interessen diene.

Protestantische Rezeption des Reformators Hus

Die protestantische Rezeption des Reformators Hus beleuchtete Martin Rothkegel, Professor für Kirchengeschichte am Theologischen Seminar (FH) Elstal. Martin Luther hatte sich 1519 mit einer Schrift von Johannes Hus auseinandergesetzt und sich ausdrücklich in dessen Tradition gestellt. In der Folge wurden das Werk wie das Schicksal des böhmischen Reformators zur Begründung für protestantische Reformbemühungen in theologischer, aber auch kirchenpolitischer Hinsicht herangezogen. Durch Albrecht Ritschl, der die hussitische Theologie im 19. Jahrhundert neu bewertete, verlor diese in der Folge an Beachtung.

Märtyrergedenken

Der Religionspädagoge Friedrich Schweitzer, Professor an der Universität Tübingen, problematisierte das Märtyrergedenken im Religionsunterricht. Von beispielhaften Personen christlichen Handelns könne nur als „kritisch gebrochenen Vorbildern“ gesprochen werden. Jan Hus als „Blutzeuge“ spiele in der Religionslehre weniger eine Rolle als etwa Dietrich Bonhoeffer oder auch Martin Luther King.

Heilung der Erinnerung

Abschließend referierte Andrea Strübind, Professorin für Kirchengeschichte an der Universität Oldenburg, über Chancen und Risiken der „Heilung der Erinnerung“ im ökumenischen Prozess. So sei eine „heilende Erinnerungskultur“ eine Methode, um Versöhnung in „post-konfliktionären Gesellschaften“ anzustoßen. Entsprechende Erfahrungen zeigten „Healing of Memories“-Prozesse in Rumänien, Südafrika und Nordirland. Im Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 sei in der ökumenischen Versöhnungsarbeit aber das Einbeziehen der Täuferbewegung als Teil der Reformation nötig. Im Umfeld der Reformation waren nachweislich mindestens 3.000 Taufgesinnte, darunter viele Frauen, als „Ketzer“ verurteilt und hingerichtet worden.

Eine intensive, ausführliche Diskussion zu Aspekten der

Reformationshistoriografie und ihrer ökumenischen und kirchenpolitischen Bedeutung beschloss die Tagung.

Kenias Präsident unterstützt adventistische Universität

Nairobi/Kenia, 02.03.2015/APD Am 21. Februar besuchte der Präsident von Kenia, Uhuru Kenyatta, den Campus der „Adventist University of Afrika“ (AUA) in Ongata Rongai am Stadtrand der Hauptstadt Nairobi, um dort den Neubau eines Gebäudekomplexes für Gesundheitswissenschaften zu unterstützen. In seiner Rede vor fast 4.000 Menschen versprach das Staatsoberhaupt umgerechnet 19.500 Euro für das Projekt zu spenden und unterstrich dabei, dass die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten eine „vorbildliche Partnerin beim Aufbau von Kenia“ sei: „Die Adventisten haben ein wichtiger Rolle bei der Entwicklung unseres Gemeinwesen, der Ausbildung unserer Bürger und beim Aufbau unserer Nation gespielt“, sagte Kenyatta. Er hätte sich dabei auf die zahlreichen Kirchen und Schulen der Adventisten im ostafrikanischen Land bezogen, berichtet Adventist News Network ANN.

Kenyatta, der von Vizepräsident William Ruto sowie weiteren Politikern und Beamten begleitet wurde, habe die in die Zukunft gerichtete Vision der 2006 gegründeten adventistischen Universität hervorgehoben. Sie sei die einzige Universität in Kenia, welche ausschließlich Studiengänge für Postgraduierte anbiete. „Indem sie Herzen berühren, das Denken erweitern und Kranke heilen, wird das Wort Gottes lebendig und zu einem Licht für die Menschen“, lobte Kenyatta Ausmaß und Qualität

des adventistischen Bildungswesens.

Pastor Blasious Ruguri, Präsident der Adventisten in Ost-Zentralafrika, dankte dem kenianischen Staatsoberhaupt für sein Kommen und die Unterstützung für das Projekt. Ruguri forderte die Anwesenden auf, dem Vorbild des Präsidenten zu folgen und das Projekt des Neubaus zu unterstützen, was viele der anwesenden Beamten und Kirchenvertreter auch getan hätten, so ANN.

Adventisten in Kenia

In Kenia, mit 44,3 Millionen Einwohnern, leben 795.000 Mitglieder der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie feiern in 4.676 Kirchen den Gottesdienst, unterhalten ein Spital, eine Klinik, zwei Universitäten, 23 Grund- und höhere Schulen sowie die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Kenia mit 28 Angestellten.

Wie steht es um die Meinungsfreiheit in Deutschland?

Hamburg, 01.03.2015/APD Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist verbesserungswürdig. Zu diesem Resultat kamen die Bundessprecherin der Partei „Alternative für Deutschland“, Dr. Frauke Petry, sowie der Journalist und Medienunternehmer Klaus Kelle in einer Semindiskussion auf dem Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg.

Kelle, der von Focus-Online als einer der meinungsstärksten konservativen Stimmen in Deutschland bezeichnet wurde, hält die Medienlandschaft in Deutschland zwar nicht für „so schlecht“, kritisierte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aber als einen „Moloch, den niemand kontrolliert“. Viele Medien seien weit weg von ihren Lesern. „Aus jedem Quatsch wird ein Skandal gemacht.“ Die Mehrzahl der deutschen Journalisten tickten links. Dennoch hielten sich alle großen Medien „einen, der auch mal was Konservatives schreiben darf“, Kelle plädierte dafür, Mut zur eigenen Meinung zu haben und diese auch öffentlich zu äußern, beispielsweise in der Form von Leserbriefen.

Petry stellte klar, dass sich die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik nicht auf eine Stufe mit der ehemaligen DDR stellen lasse. Sie bemängelte aber, dass in den Zeitungen immer mehr Kommentierung statt neutrale Berichterstattung geschehe. Worte wie „rechts“ würden zu Schimpfworten mit denen Andersdenkende abqualifiziert werden. „Wir haben in unserem Land einen Verlust an politischer Diskussionskultur“, kritisierte Petry. Viele hätten sich vom Bürger zum Konsumenten degradieren lassen. Christen rief die Politikerin zu Selbstbewusstsein auf.

„Hope Channel“ beim Kongress Christlicher Führungskräfte

Hamburg, 01.03.2015/APD Das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten informierte mit einem Stand beim Kongress Christlicher

Führungskräfte in Hamburg über sein aktuelles Fernseh- und Radioangebot „Hope Channel“.

Seit 2009 sendet der „Hope Channel Deutsch“ ein 24-stündiges Fernsehprogramm. Er bietet mit Sendungen über persönlichen Glauben, ganzheitliche Gesundheit, Bibelwissen und Lebenshilfe ein breites Spektrum. Als erster christlicher Radioanbieter in deutscher Sprache nahm das „Hope Channel Radio“ unter dem Namen „Stimme der Hoffnung“ bereits 1948 seine Arbeit auf. Seitdem informiert und ermutigt es durch seine Sendungen und Lieder und gibt geistliche Impulse für den Alltag.

Der „Hope Channel“ ist mit seinem Fernseh- und Radioprogramm über den Satelliten „Astra“ und im Internet zu empfangen. Weitere Informationen unter www.hope-channel.de

Christliche Stimme in der EU-Politik nötig

Hamburg, 01.03.2015/APD Christliche Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften könnten in der Europäischen Union (EU) viel bewegen. Das behauptete die Koordinatorin für den Dialog mit Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bei der EU-Kommission, Katharina von Schnurbein (Brüssel), in einem Seminar beim Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg.

In der europäischen Politik seien die Kirchen ein „hochangesehener, beliebter Gesprächspartner“, da sie meist das Gemeinwohl im Blick hätten und weniger die eigenen Interessen. Christen könnten sich mit ihrem Menschenbild und

der Nächstenliebe in vielen Politikfeldern einbringen, so von Schnurbein. Dazu gehöre allerdings auch Sachkompetenz. Das Hochhalten von Gesinnungen und Werten allein, sei wenig hilfreich.

Dabei stelle sich die Frage, ob es überhaupt genug Christen gebe, die sich auch politisch engagieren wollten. Nur durch lang anhaltendes Engagement könne etwas bewirkt werden. Wer etwas erreichen wolle, müsse sich mit Gleichgesinnten vernetzen. Das falle Christen oft dann schwer, wenn zwar dieselben Ziele erreicht werden sollten, es aber in bestimmten Fragen, die mit dem eigentlichen Ziel wenig zu tun hätten, keine theologische Übereinstimmung gebe. Alle, die friedlich zusammenleben wollen, müssten zur Zusammenarbeit bereit sein. Denn es sei heute nicht mehr selbstverständlich, dass die Religion im öffentlichen Leben noch Gehör finde, gab Katharina von Schnurbein zu bedenken.

Gerade in den aktuellen Debatten um Flüchtlinge und Asyl sowie um die Konflikte in der Ukraine und Syrien sei eine christliche Stimme notwendig. Die EU-Koordinatorin wies darauf hin, dass sich in der Ukraine die unterschiedlichsten Kirchen und Religionsgemeinschaften gemeinsam für den Frieden in der Region einsetzen würden. So habe bereits im März letzten Jahres der „Ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ in einer Stellungnahme an die Konfliktparteien appelliert, auf militärische Mittel und Gewalt zu verzichten und friedliche Wege der Verständigung zu suchen. Zudem hätten die Kirchen und Religionsgemeinschaften angeboten, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen und als Gesprächsplattform zur Verfügung zu stehen. Dem Rat gehörten katholische, orthodoxe und protestantische Kirchen (einschließlich der Siebenten-Tags-Adventisten) sowie jüdische und muslimische Glaubensgemeinschaften an. Aber auch Vertreter von christlichen Kirchen sowie muslimischen und jüdischen Gemeinschaften aus Russland und der Ukraine würden sich gemeinsam humanitär für die vom Ukraine-Konflikt Betroffenen

einsetzen und zum Frieden aufrufen.
